

Unverkäufliche Leseprobe



Alexander Hagelüken
Schock Zeiten

Wie Deutschland den wirtschaftlichen Abstieg
verhindert

2023. 206 S., mit 12 Grafiken
ISBN 978-3-406-80773-2

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/35550354>

© Verlag C.H.Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

C·H·Beck

PAPERBACK

Alexander Hagelüken

Schock-Zeiten

Wie Deutschland den
wirtschaftlichen Abstieg verhindert

C.H.Beck

Mit 12 Grafiken

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2023

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses

Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: geviert.com, Christian Otto

Umschlagabbildung: © shutterstock

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 80773 2



klimateutral produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Inhalt

2020er Jahre, Schock-Zeiten	7
Woher die Hoch-Inflation kommt	17
Wie sich die Hoch-Inflation stoppen lässt	27
Klimafreundlich aus dem Würgegriff	41
Industriepolitik für die grüne Revolution	55
Wie das Land kaputtgespart wird	71
Millionen gutbezahlte Jobs halten und schaffen	85
Russland, China: Feindliche Riesen vor den Toren	103
Neue Allianzen gegen Deglobalisierung schmieden	115
Wie das Land ins demografische Loch stürzt	127
Das Rentendrama: Abkassiert im Beruf, arm im Alter	143
Deutschland digitaler	157
Der faule Staat wird offensiv	167
Wohlstand für wirklich alle	181
Dank	193
Anmerkungen	195
Register	205

2020er Jahre, Schock-Zeiten

Selten war so viel Katastrophe. Und selten so unerwartet. Die Deutschen hatten ja eine goldene Dekade erlebt. Volle zehn Jahre lang boomte die Wirtschaft, stiegen die Einkommen, lief das Leben für viele Menschen friedlich dahin. Dann bricht 2020 die Corona-Pandemie aus und rafft weltweit sieben Millionen Menschen hin, 2500 Mal so viel, wie jährlich auf deutschen Straßen sterben. Ein Jahrhundert nach der Spanischen Grippe kommen vergessen geglaubte Ängste hoch. Soziale Kontakte bergen auf einmal tödliches Risiko. Die Wirtschaft torkelt von Lockdowns zu Lieferkettenausfällen, was Wohlstand vernichtet und die Inflation hochzutreiben beginnt.

Noch während die Deutschen den Corona-Schock hinter sich zu lassen suchen, überfällt Russland die Ukraine. Hunderttausende werden verletzt oder sterben. Der erste Flächenkrieg in Europa seit 1945 ist ein unfassbar trauriger Einschnitt in die Gegenwart. Auch in nicht betroffenen Nationen fragen sich die Menschen verängstigt: Kommt der Krieg auch in mein Land? Gleichzeitig deckt der Überfall schonungslos das Versagen auf, sich von Wladimir Putins Gas und Öl abhängig gemacht zu haben. 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg fragen sich Deutsche erstmals wieder, ob sie im Winter frieren werden. Die Energiepreise entfachen eine Hoch-Inflation von zeitweise zehn Prozent, die Millionen Bürgerinnen und Bürger finanziell bedrängt.

Corona-Schock, Kriegs-Schock, Inflations-Schock, Energie-Not: Es sind wahrhaft Schock-Zeiten.

Die 1920er Jahre waren in Deutschland eine Zeit, in der auf Weltkrieg und Spanische-Grippe-Pandemie eine Hyper-Inflation, wirtschaftlicher Abstieg und eine Weltwirtschaftskrise folgten, in der Adolf Hitler die junge Demokratie beseitigte.

Die 2020er Jahre umfassen bisher neben Krieg und Corona-Pan-

demie samt weltweiter Wirtschaftskrise eine Hoch-Inflation – und wirtschaftlichen Abstieg, der an der Demokratie kratzt.

Natürlich waren Inflation, Krise und alles andere vor 100 Jahren weitaus katastrophaler. Doch auch jetzt gibt es ernste ökonomische Schäden. Nachdem die Wirtschaft in der 2010er-Boomdekade um 20 Prozent gewachsen war, stagniert sie in den Jahren seither. Immer wieder hofften die Bürgerinnen und Bürger auf einen Aufschwung. Immer wieder wurde die Hoffnung enttäuscht, wegen neuer Lockdowns, Lieferproblemen, Inflation, Energienot. Die realen Löhne, also abzüglich der Inflation, sind seit 2020 um fünf Prozent geschrumpft. In der Boom-Dekade davor stiegen sie um zwölf Prozent. Diese lapidaren Prozentzahlen erzeugen riesige Wirkung. Durchschnittsverdiener haben jährlich 4000 Euro Gehalt weniger, als wenn der Boom angedauert hätte. Wegen der Hochinflation nahm mindestens jeder siebte Bürger Schulden auf. Ersparnisse von 30 000 Euro dezimiert die Teuerung wertmäßig auf 25 000 Euro. Das sind heftige Verluste, die sich die wohlstandsverwöhnten Deutschen nicht gefallen lassen wollen. Ihre Enttäuschung wird dadurch verstärkt, dass der Graben zwischen Arm und Reich zum Grand Canyon geworden ist. Die 50 reichsten Haushalte besitzen zusammen mehr als die Hälfte der Bevölkerung, also als 40 Millionen Menschen. Es breitet sich Misstrauen gegen etablierte Institutionen und Parteien aus, das Rechtspopulisten und Wahrheitsverdrehler ausnutzen, um gegen die Demokratie zu agitieren.

So folgenreich die Schock-2020er-Jahre schon waren: Das ist nur ein Teil der Probleme, die die Bundesrepublik hat. Mit diesem Buch möchte ich eine tiefere Gesamtanalyse versuchen und dabei auf die langfristigen Herausforderungen zuspitzen, statt seitenlang aufzuzählen, was in diesem Land zweifellos alles gut läuft. Das soll in aller Bescheidenheit zu einer Debatte beitragen, wie die Republik einer Spirale nach unten entgehen kann.

Während die neue Mischung aus existenziellen und materiellen Ängsten noch bei den Menschen einsickert, wirken die Schocks fort und produzieren weitere Schäden. Im Corona-Schock rissen die

nach dem Billigstprinzip konstruierten Lieferketten, so dass deutsche Fabriken auch künftig immer wieder stillstehen werden. Monatelange Schulschließungen rissen Bildungslücken, so dass Firmen Fähigkeiten und künftigen Arbeitnehmern Einkommen fehlen werden. Der Inflations-Schock infiziert virusartig Alltagsprodukte und saugt das Geld aus dem Portemonnaie. Der Energie-Schock treibt gut bezahlte Industrie-Jobs ins billigere Ausland. All diese Schocks laden den Bürger(inne)n für die 2020er Jahre einen Rucksack voll Blei auf.

Die Politik muss gegen die multiplen Schock-Folgen ansteuern, sonst steigt Deutschland wirtschaftlich ab. Dabei sollte man sich von Parallelen zu den 1920er Jahren nicht irre machen lassen. Die Bundesrepublik ist nicht Weimar. Die Demokratie ist durch Umfragerekorde der AfD unter Druck, aber sie ist gefestigt. Und während der damalige Reichskanzler Heinrich Brüning die Weltwirtschaftskrise durch Sparen verschlimmerte, verhüten die heutigen Politiker in den aktuellen Krisen durch Ausgaben Schlimmeres. In der Pandemie beschafften sie, wenn auch verzögert, ausreichend Impfstoff und verhinderten durch Kurzarbeit Massenarbeitslosigkeit. Nach dem russischen Überfall beschafften sie alternatives Gas und verhinderten durch Entlastungen zwar keine Nöte, aber doch den finanziellen Kollaps vieler Bürger:innen.

Nun jedoch müssen sie von der kurzfristigen Krisenabwehr auf die Abwehr langfristiger Krisenfolgen umschalten. Das ist schwieriger. Das kurzfristige Ersetzen von Putins Gas leuchtet jeder Wählerin und jedem Wähler ein. Keiner will frieren. Dauerhaft Staatsmilliarden zu investieren und Klagen gegen Windräder abzuschmettern leuchtet weniger ein. Doch genau das ist unverzichtbar. Nur erneuerbare Energien aus Wind, Sonne oder Wasserstoff vermeiden den nächsten Energieschock und das massenhafte Abwandern gut bezahlter Industriejobs. Sich dagegen von Gas aus Katar abhängig zu machen, um sich bei den Wählern anzubiedern, liefert das Land dem nächsten Autokraten aus und beschleunigt den Klimawandel, der den Planeten verwüstet.

Um den weiteren wirtschaftlichen Abstieg aufzuhalten, muss die Politik noch mehr Krisenfolgen stoppen: Zusammen mit Tarifpartnern und Europäischer Zentralbank verhindern, dass sich die Hoch-Inflation in Preisen und Köpfen festsetzt. Corona-Verlierer in den Schulen fördern, weil sich sonst Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel verschärfen. Mit den Firmen neue Lieferketten aufbauen und die Produktion essenzieller Medikamente oder Chips nach Deutschland zurückholen, um die Gesundheit der Bürger zu schützen und Fabriken am Laufen zu halten.

All das entschieden anzugehen, erfordert eine Menge Kraft und Mut. Die Ampel-Koalition geht einiges davon an. Doch ihre Streitigkeiten bei vielen Themen lassen einen zweifeln. Der wirtschaftliche Abstieg lässt sich jedoch nur aufhalten, wenn die Regierungspolitiker nicht gegeneinander intrigieren, sondern gemeinsam ideologische Barrieren wegräumen, die Deutschland lähmen. In die Energieversorgung eingreifen, statt sie marktliberal in Abhängigkeiten wie von Putin rutschen zu lassen. Massiv investieren, statt den Staat neoliberal kleinzusparen. Bildungslücken zentral schließen, statt sie dem kopflosen Nebeneinanderher der Bundesländer zu überlassen.

Wer der Politik schon solche Anstrengungen nicht zutraut, dem muss um Deutschland wahrhaft bange sein. Denn hinter den aktuellen Schocks bauen sich Herausforderungen auf, die in der öffentlichen Debatte noch zu wenig Raum einnehmen. Werden sie nicht bewältigt, steigt die Bundesrepublik definitiv wirtschaftlich ab. Das beginnt mit Alterung und Kinderarmut, die in den nächsten Jahren einen Doppelschock aus Personalmangel und Rentenlöchern erzeugen. Weil die geburtenstarken Jahrgänge in Ruhestand gehen, müssen immer weniger Beschäftigte immer mehr Rentner finanzieren. Und den Firmen fehlen bald Millionen Arbeitskräfte. Maßgeblich dadurch sinkt das Wirtschaftswachstum, was weniger Einkommen für genauso viele Bürger bedeutet. Vom jährlichen Wachstum von drei Prozent von 1950 bis 2022 lässt sich nur träumen. In nächster Zeit droht das Wachstum auf 0,4 Prozent pro Jahr zu schrumpfen.

Selbst wenn man das mit dem zuletzt geltenden langjährigen Durchschnitt von 1,3 Prozent vergleicht, ist das ein heftiger Abstieg. Über eine Dekade fehlen 350 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung – also sehr viel Einkommen. Wer verzichtet? «Deutschland steht ein schwieriges Jahrzehnt bevor, das durch Verteilungskonflikte geprägt sein wird», prognostiziert Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft.

Personalnot und Rentenlöcher sind nicht die einzige große Herausforderung. Noch gar nicht quantifizieren lässt sich, was es bedeutet, dass das deutsche Exportmodell wankt. Keine große Industrienation hängt auch nur annähernd so von Ausfuhren ab wie die Bundesrepublik. Krisen und Krieg bremsen die Exporte. Geopolitische und geoökonomische Konflikte nehmen überall zu. China und die USA expandieren aggressiv, schotten aber ihre eigenen Märkte zunehmend ab. Und sie versuchen die Welt in Interessensphären aufzuteilen wie einst im Kalten Krieg. Ein Export-Schock gefährdet reihenweise überdurchschnittlich bezahlte Jobs in der Bundesrepublik: Elf Millionen Arbeitsplätze hängen vom Export ab, mehr als jeder Vierte. Ihre Zahl stieg seit der Jahrtausendwende um satte zwei Drittel. Deutschland ist neben China der große Gewinner der Globalisierung. Nun könnte es zum größten Verlierer einer Deglobalisierung werden.

Dazu kommt, dass die deutsche Autoindustrie gerade die Elektro-Ära an Tesla und die Chinesen verschenkt. Dass weitere Vorzeigewirtschaften wie Chemie oder Maschinenbau unter Druck stehen. Dass sich Deutschland bei Innovationen, Patenten und Investitionen abhängen lässt. Die großen Erfolgsgeschichten digitaler Geschäftsmodelle, sie entstehen woanders. Die Schwergewichte im US-Börsenindex S&P heißen Amazon, Apple oder Google. Im deutschen Dax-Index finden sich überhaupt nur zwei IT-Werte, darunter der 50 Jahre alte SAP-Konzern. Die Probleme deutscher Unternehmen drängen an die Oberfläche wie Müllsäcke, die in den Fluss geworfen wurden: Viele halten an überholten Erfolgen wie dem Verbrennungsmotor fest, scheuen digitale Geschäftsmodelle, investieren zu wenig in ihre Mitarbeiter.

Und die Politik ist ihnen kein guter Partner, ja: Sie hat das Land vernachlässigt. Sie hat die Jahrhundertaufgabe des Klimaschutzes vor sich hergeschoben. Digitale Infrastruktur, Schulen und Verkehrswege sind in erbarmungswürdigem Zustand. Behörden sind mit bürokratischen Anforderungen so schnell, wie sie mit digitalen Leistungen langsam sind – wie die Gesundheitsämter, die dem tödlichen Corona-Virus hinterherfaxten. Und die Politiker haben während des Aufziehens internationaler Spannungen wie Kaninchen vor dem Schlangennest gesessen. Sie haben Potentaten wie Wladimir Putin und Xi Jinping zu ihrer Aggression ermutigt. Die meisten dieser Versäumnisse geschahen in der 16-jährigen Amtszeit von Kanzlerin Angela Merkel, einige reichen noch weiter zurück.

Das alles lädt dem auch nicht mehr so neuen Kanzler Olaf Scholz einen Rucksack voller Blei auf. Aber es hilft ja nichts: Um den wirtschaftlichen Abstieg zu verhindern, braucht Deutschland jetzt einen Neustart. Seine Unternehmen müssen in den Vorwärtsgang schalten. Und die aktuelle Regierung muss wie schon bei den Krisenfolgen politische Tabus schleifen, um den Wohlstand zu retten. In der Bundesrepublik haben banale Fortschrittshemmnisse einen Heiligenstatus erreicht, als seien sie schützenswerte Tabus. Hier sind einige der Stoppschilder, die den Weg in die Zukunft versperren:

Deutschland ist kein Einwanderungsland.

Männliche Beschäftigte sind wichtiger als weibliche.

Rentner sind wichtiger als junge Arbeitnehmer.

China darf man nicht kritisieren.

Diktatoren halten wir die andere Wange hin.

Der Staat hält sich aus der Wirtschaft raus.

Schulden sind böse.

Klimaschutz darf keinem wehtun.

Im Amt machen wir's schon immer so.

Reiche müssen noch viel reicher werden.

In diesem Buch will ich zeigen, wie Deutschland den wirtschaftlichen Abstieg aufhalten und seinen Wohlstand retten kann: Indem es diese Stoppschilder (und noch andere) demontiert – und stattdessen das Land durchgreifend reformiert. Von Einwanderung über Gleichberechtigung und Rente, Geopolitik und Klimaschutz, Investitionen und Innovationen bis zu Bildung und Digitalisierung. Und mit Umverteilung von Reich an den Rest, damit die Bürgerinnen und Bürger die nötige Mühe für all die Anstrengungen überhaupt auf sich nehmen.

Niemand sollte unterschätzen, was ein dauerhafter wirtschaftlicher Abstieg anrichten würde. «Ohne das Fortschrittsversprechen kann die moderne Gesellschaft bisher nicht existieren», schreibt der Soziologe Andreas Reckwitz. Der Fortschrittsimperativ treibe die westlichen Gesellschaften schon seit Industrialisierung und Französischer Revolution vor 200 Jahren voran, noch stärker seit dem Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Ende des Kommunismus und der Globalisierung. Reckwitz spricht vom Vertrauen der Menschen, dass dieser Fortschritt zwangsläufig ein Besser und Mehr auch an Wohlstand erzeugt. Darum muss sich die Politik kümmern, um den Feinden der Demokratie möglichst wenig Raum zu geben.

Nun sollte Wohlstand künftig breiter als nur materiell verstanden werden. Es ist für die Deutschen essenziell, dass die Verteidigung gegen neue Aggressoren gestärkt wird, damit sie in Freiheit und Sicherheit leben können. Und zweifellos muss die Volkswirtschaft umweltschonender und ressourcensparender werden. Um den Klimawandel aufzuhalten, müssen die Bürger weniger fliegen und weniger Fleisch essen. Die Energie- und Klimawende ist eine zentrale Reform der nächsten Jahre. Wohlstand besteht dann auch darin, in einer klimaschonenden Republik zu leben, die nicht mehr die eigenen und fremden Lebensgewohnheiten zerstört.

Illusorisch aber sind Forderungen, sich überall einzuschränken und auf wirtschaftliches Wachstum zu verzichten. Für ein fröhliches Zurück in die 1980er Jahre gibt es in der Bundesrepublik wie

überall im Westen absehbar keine Mehrheiten. Die Gesellschaft möchte sich nicht kollektiv aufs Lastenfahrrad beschränken. Der einzig realistische Weg besteht darin, Wachstum weiter vom Umweltverbrauch zu entkoppeln, aber in gewissem Umfang weiter zu wachsen – indem Deutschland reformiert wird. Wachstum liefert die nötigen unternehmerischen und staatlichen Einnahmen, um in die Zukunft zu investieren. Es liefert Einkommen, mit dem sich die Gesellschaft gerechter gestalten lässt. Für Millionen Bürger ist das Fortschrittsversprechen jedoch längst brüchig geworden. Wer zur ärmeren Hälfte der Bevölkerung gehört, besitzt im Schnitt nur rund 11 000 Euro. Die Rede ist hier von 40 Millionen Menschen. Kinder bedeuten ein Armutsrisiko. Industrielle Arbeitsplätze sind durch mies bezahlte Servicetätigkeiten ersetzt worden. Niedriglohnjobs haben sich bis in die Mittelschicht verbreitet, die insgesamt geschrumpft ist. Der Landkreis Sonneberg, in dem erstmals in Deutschland ein Landrat der AfD gewählt worden ist, hat einen der höchsten Anteile von Mindestlohn-Beziehern in der Republik.

Stimmenhochs für Rechtspopulisten verursachen Schäden, schon bevor sie politische Ämter erlangen. Seit die AfD ab der Flüchtlingsbewegung 2015 im Aufwind ist, tönt aus Union und FDP Migrationskritik. Oppositionsführer Friedrich Merz warnt vor «Sozialtourismus», wenn ukrainische Frauen und Kinder vor Putins folternden Schergen flüchten. Er fordert das Ende des Grundrechts auf Asyl und bringt eine kommunale Zusammenarbeit mit der AfD ins Spiel. So ein Klima schreckt ausländische Fachkräfte ab, ohne die die Wirtschaft schrumpft. Sicher, der Aufschwung der Rechten hat mehrere Ursachen. Materieller Frust ist aber sicher einer davon.

Die Bundesbürger haben wie andere Menschen im Westen das Gefühl, in einer Art Dauerkrise zu leben. Und tatsächlich ballen sich die Bedrohungen, vergangene und künftige. Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation, Energienot, Klimawandel, geopolitische Hochspannung und Alterung – keine Generation der Nachkriegszeit hat so eine Krisenhäufung erlebt. Und dazu kommt das schleichende Erodieren der Grundlagen, die bisher den Wohlstand der Deut-

schen ausmachten. 2023 verzeichnet die Bundesrepublik als einzige große Industrienation kein Wachstum. Die Nation sollte sich gegen den wirtschaftlichen Abstieg stemmen, um ihren Wohlstand zu retten und die Demokratie zu stärken. Um den Menschen Sicherheit zu geben, Sorgen zu nehmen und eine Klimawende finanzieren zu können. Worin die Herausforderungen liegen und was sich tun lässt, möchte ich in den folgenden Kapiteln besprechen.

Woher die Hoch-Inflation kommt

Neomi Weiner hält eine Packung Nudeln vom Discounter hoch: Ein halbes Kilo kostet 90 Cent statt früher 39. Sie nimmt eine Tomatendose in die Hand: 69 Cent statt 29. Die Alleinerziehende geht im Speisekammerchen durch, was sie für ein Abendessen mit sechs Kindern braucht: Zwei Packungen Nudeln und drei Dosen Tomaten. Die Mahlzeit ist mehr als doppelt so teuer geworden – und ziemlich einseitig. Gemüse oder Salat kommen meist nur auf den Tisch, wenn eine Bekannte Abgelaufenes aus Mülltonnen von Supermärkten vorbeibringt.

Für die siebenköpfige Familie ist auch Strom teuer geworden, Waschmittel, Miete. Die Preise sind in Deutschland so stark gestiegen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Neomis Kinder fragen oft, warum sie manche Produkte nicht mehr bekommen. Die Mutter versucht sie zu beruhigen. Anderen Kindern gehe es schlechter. Sie zeigt ihnen dann YouTube-Videos, von Hungernden in Afrika.

Als ihre Siebenjährige auf dem Spielplatz kollabierte, lebensbedrohlich am Herz erkrankt, musste die Mutter den Job im Altenheim aufgeben. Jetzt leben sie wieder von Hartz IV. Neomi hat vor zehn Tagen ihr letztes Geld für einen Großeinkauf ausgegeben. Sie blickt sorgenvoll. Bis Ende des Monats sind es noch zehn Tage.

Bei armen Menschen richtet Hoch-Inflation den größten Schaden an. Aber auch Familien mit mittlerem Verdienst erleben einen Teuerungs-Schock. Jeder vierte Arbeitnehmer verdient höchstens rund 2000 Euro im Monat. Das sind zehn Millionen Menschen. Je weniger jemand verdient und je größer die Familie, desto mehr vom Einkommen geht für Grundbedürfnisse wie Heizen und Essen drauf. Und die sind besonders teuer geworden. Familien leiden unter persönlichen Teuerungsraten von über zehn Prozent. Gutverdienende Singles, die mehr für Luxus oder Urlaub ausgeben, belas-

ten die Preise am wenigsten. Die Hoch-Inflation verschärft die soziale Ungleichheit.

Während die Regierung die Bürgerinnen erst nach und nach entlastete, wurde es nicht nur bei Ärmern knapp, sondern auch bei Millionen in der Mittelschicht. Kein Wunder, wenn sich Erdgas um 50 Prozent verteuert und Heizöl um 70 Prozent. Jeder siebte Bürger hat sein Konto überzogen oder einen teuren Dispokredit genommen. Die Teuerungswelle schockt eine Nation, die sich an stabile Preise gewöhnt hat. Als die Preise das letzte Mal so stark stiegen, war Neomi Weiner noch nicht geboren. Wenn eine Teuerungswelle das Geld entwertet, trifft das ein Volk besonders, bei dem das Sparen so hoch im Kurs steht wie bei den Deutschen. Was hart erarbeitet wurde, schrumpft einfach zusammen. Hoch-Inflation von sechs, sieben, acht Prozent reduziert den Wohlstand. Und sie ermöglicht Firmen, Preise übermäßig zu erhöhen und Kunden abzukassieren.

Die Hoch-Inflation legt gerade bei den Bundesbürgern Urängste frei. Andere Europäer sorgen sich weniger. Manchem Deutschen erscheint es als Omen, dass sich ausgerechnet jetzt die Monsterinflation von 1923 jährt, eine Zeit des Massenelends, der Demütigung und Ohnmacht. In einer Umfrage nennen zwei Drittel der Bundesbürger den Teuerungsturbo als ihre größte Angst, mit weitem Abstand sogar vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung. Die Preissteigerungen ängstigen Junge wie Alte, Männer wie Frauen, Anhänger aller Parteien. Stehen die Deutschen vor einer dauerhaft hohen Inflation, oder sogar einer extremen wie 1923?

Um das zu beurteilen, muss man die Ursachen der Preissteigerungen analysieren. Und künftige Einflüsse. Dabei zeigt sich, dass durchaus Gefahren bestehen, dass sich die Teuerungswelle verfestigt – und Deutschland damit wirtschaftlich absteigt. Die jetzige Hoch-Inflation lässt sich jedoch bannen, wenn alle relevanten Akteure richtig handeln: die Bürger, die Unternehmen, die Regierung und die Europäische Zentralbank. Das ist nicht nur wirtschaftlich notwendig, sondern auch politisch wichtig: Seit die Inflation nach

dem russischen Überfall auf die Ukraine rasant zu steigen begann, sind auch die Umfragewerte der AfD deutlich gestiegen.

Putinflation

Warum sind die Preise so hochgeschossen? «Das liegt vor allem an den Energie- und Lebensmittelschocks, die der russische Überfall auf die Ukraine auslöste», sagt Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie. «Der Inflations-Schub liegt an höheren Energiepreisen durch den Ukraine-Krieg, den keiner vorausgesehen hat», sagt Martin Werding von der Ruhr-Uni Bochum, der die Regierung als einer der fünf Wirtschaftsweisen berät. Ja, schon vor dem Krieg stiegen die Preise in Deutschland etwas stärker. Doch dies war noch kein Drama, sondern typisch für die Folgen eines Wirtschaftseinbruchs. In der Corona-Krise waren Geschäfte geschlossen, die Menschen kauften aus Sorge um den Job weniger, Firmen reduzierten ihre Produktion. Nach den Lockdowns gab es viel nachzuholen, die Nachfrage schwoll weltweit an – und traf auf eine reduzierte Produktion. Die Preise stiegen. Außerdem rissen im Corona-Chaos Lieferketten, Vorprodukte wie Chips fehlten, was die Fabriken lahmlegte. Doch das wurde langsam besser. Die führenden Konjunktur-Institute sagten für 2022 nur noch gut zwei Prozent Teuerung voraus. *Business as usual*.

Erst der russische Überfall auf die Ukraine hat alles verändert. Öl, dessen drittgrößter Produzent Russland ist, verteuerte sich um 40 Prozent. Als Wladimir Putin wegen der westlichen Sanktionen den Gashahn abdrehte, versiebenfachte sich der Preis. Auch Lebensmittel verteuerten sich infolge der russischen Aggression. Die Ukraine, einer der weltgrößten Getreideexporteure, konnte aus seinen blockierten Häfen nichts mehr liefern. In Deutschland wird dieses Getreide als Futtermittel verwendet. Der Ausfall trieb die Preise für Huhn, Eier, Hackfleisch. Auch aus Russland kam weniger Getreide. Weizenmehl kostete bald 50 Prozent mehr, Speiseöle 80 Prozent. Die Hoch-Inflation ist vor allem eine Folge des

russischen Aggressionskriegs. Sie ist *Putinflation*. Rechnet man Energie und Nahrungsmittel heraus, stiegen die Preise nur halb so stark. Und der Energieschock verteuerte auch Produkte, die viel Energie brauchen, ob Pauschalreisen (+11 Prozent) oder Alufolie (+27 Prozent). Das heißt: Wenn die Bundesrepublik die Konsequenzen des Aggressionskriegs in den Griff bekommt, kann sie die Teuerung eindämmen. Dann bleibt die Hoch-Inflation eine Ausnahme, die keinen dauerhaften wirtschaftlichen Abstieg verursacht.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de